

# Ceylon nähert sich dem sozialistischen Lager

KLAUS STIEBLER

In schneller Folge hat Ministerpräsidentin Sirimavo Bandaranaike seit ihrem Amtsantritt Anfang Juni Entscheidungen getroffen, die keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit lassen, das radikale Aktionsprogramm der von ihr geführten Volksfrontkoalition zu verwirklichen. Schon in den ersten Tagen ihrer Regierungszeit verwirklichte sie einige ihrer außenpolitischen Absichten. Die DDR wurde am 16. Juni als zweiter deutscher Staat von Ceylon anerkannt. Volle diplomatische Beziehungen wurden kurz darauf auch mit Nordkorea, Nordvietnam und der provisorischen Revolutionsregierung von Südvietnam hergestellt. Andererseits wurden die Beziehungen mit Israel abgebrochen.

Außenpolitisch ist Ceylon in den letzten Wochen also deutlich an das „sozialistische Lager“ herangerückt. Überraschen kann diese Entwicklung allerdings nicht. Ministerpräsidentin Bandaranaike hat aus ihren Sympathien für die kommunistischen Länder niemals ein Hehl gemacht. Als Oppositionsführerin besuchte sie während der letzten Jahre mehrmals die Sowjetunion und nahm als Ehrengast an den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der DDR in Ostberlin teil. Ihre Abneigung gegenüber den USA und der Bundesrepublik war wohlbekannt. Sie ging auf ihre letzte Amtszeit als Ministerpräsidentin zwischen 1960 und 1965 zurück. Als ihre Regierung die Enteignung der amerikanischen Ölgesellschaften ohne angemessene Entschädigung verfügte, stellten die USA 1963 die Wirtschaftshilfe ein. Die Bundesrepublik reagierte genauso, als ihre Regierung 1964 der Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo zustimmte. In Ceylon schiebt man gern die Schuld für eigene Fehler anderen, am liebsten den sogenannten „imperialistischen“ Mächten zu. So sah Frau Bandaranaike in der Einstellung der Wirtschaftshilfe durch zwei der wichtigsten westlichen Länder einen der Hauptgründe für ihre Wahlniederlage im Frühjahr 1965. Die außenpolitische Hinwendung zum „sozialistischen Lager“ und die Anerkennung aller kommunistischen Regierungen gehörte deshalb zu den Kernpunkten des Wahlprogramms der Volksfrontkoalition.

Innenpolitisch will Ministerpräsidentin Bandaranaike nicht weniger radikal vorgehen. Um Regierung und Verwaltung „dem Volke näher zu bringen“, wie es wörtlich in der Regierungserklärung heißt, sollen sie in Zukunft durch „Volkskomitees“ kontrolliert werden. Ähnliche Aufsichtsorgane sollen in den Unternehmen und Organisationen geschaffen werden. Noch läßt sich nicht absehen, ob damit schon der erste Schritt zur Volksdemokratie gemacht werden soll. Weite Bereiche der Wirtschaft sollen verstaatlicht und die ausländischen Plantagengesellschaften, die etwa ein Drittel der Tee- und Gummipflanzungen besitzen, einer strengeren Kontrolle unterstellt werden<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Die meisten Plantagen befinden sich jedoch im Besitz weniger ceylonesischer Familien. Ministerpräsidentin Bandaranaike, die aus einer Großgrundbesitzerfamilie im ceylonesischen Hochland kommt, gehören selbst etwa 10 000 ha Plantagenland.

So utopisch die meisten im Wahlprogramm verankerten Vorstellungen und Forderungen für westliche Begriffe sind — in Ceylon, wo sich die Politiker wenig Sorgen um die Glaubhaftigkeit ihrer Programme machen, verstand es Frau Bandaranaike als Führerin der Volksfrontkoalition die Mehrheit der Wähler für sich zu gewinnen. Bei den Parlamentswahlen am 27. 5. 70 eroberte die aus der singhalesisch-sozialistischen „Sri Lanka Freedom Party“ (SLFP), der titoistischen „Lanka Sama Samaja Party“ (LSSP) und der moskautreuen Kommunistischen Partei Ceylons bestehende Volksfrontkoalition 122 der insgesamt 157 Parlamentssitze. Die SLFP allein brachte knapp 100 Abgeordnete ins Parlament. Die LSSP mit ihren 19 und die kommunistische Partei mit ihren sechs Sitzen verschafften der Volksfrontkoalition eine sichere 2/3 Mehrheit, die für die angestrebte Verfassungsreform von größter Bedeutung ist. Die „United National Party“ (UNP), die bisherige Regierungspartei, stellt nur noch 18 Abgeordnete.

Obwohl dieses Ergebnis einen politischen Erdbeben vermuten läßt, haben sich die prozentualen Stimmenanteile der einzelnen Parteien nur unwesentlich verschoben. Das Mehrheitswahlrecht ist dafür verantwortlich, daß aus geringfügigen Verschiebungen eine Lawine wurde, unter der die UNP begraben wurde. Eine wesentliche Rolle scheinen dabei die Stimmen der ethnischen Minderheiten gespielt zu haben. Die Regierung Senanayake hatte die wichtige Tamilenminderheit<sup>2</sup> verärgert, weil sie nichts unternahm, um die seit langem versprochene regionale Selbstverwaltung zu verwirklichen. Die vor allem an der Küste und in der Hauptstadt Colombo lebenden Christen verübelten der bisherigen Regierung, daß sie nicht genügend Mittel für die Schulen bereitgestellt hatte. Und die Mohammedaner schließlich verlangten eine stärkere Unterstützung der Araber im Nahost-Konflikt. Daß Frau Bandaranaike Tamilen und Christen versprach, sie nicht zu diskriminieren und den Muslims, die Beziehungen mit Israel einschlafen zu lassen, reichte offensichtlich aus, um viele Stimmen dieser Minderheiten auf ihre Seite zu ziehen. Die Enttäuschung der studentischen Jugend, die in Ceylon keine ihren Vorstellungen entsprechenden Arbeitsplätze finden kann, und die erhebliche Arbeitslosigkeit wirkten sich ebenfalls gegen die frühere Regierung aus.

Doch den Hauptgrund für seine Wahlniederlage drückte der bisherige Ministerpräsident Dudley Senanayake mit dem Stoßseufzer aus: „Ich habe in der Küche verloren.“<sup>3</sup> Die Preise in Ceylon stiegen während seiner Amtszeit um rund 25%. Paradoxerweise ging diese inflationäre Entwicklung vor allem auf Senanayakes Bemühungen um Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt zurück. Um den Staatshaushalt zu entlasten und Mittel für die Entwicklungsprogramme zu gewinnen, schaffte er viele Subventionen ab. Da er gleichzeitig im Interesse der Wirtschaftsbelebung „Deficit Spending“ betrieb, waren inflationäre Preissteigerungen unvermeidlich. Die Erfolge dieser Politik, die sich vor allem auf dem Lande in Form von höheren Einkommen für die Bauern niederschlugen, wogen bei den Wählern aber offensichtlich geringer, als die Verärgerung über die Preissteigerungen und über die immer

<sup>2</sup> Die Bevölkerung Ceylons besteht zu 72% aus Singhalesen, 22% aus Tamilen und zu 6% aus Ceylon und Indien-Moors arabischer Abstammung. Von den 12 Mill. Ceylonesen sind ihrer Religionszugehörigkeit nach 65% Buddhisten, 20% Hindus, 9% Christen und 6% Mohammedaner.

<sup>3</sup> Zitiert nach „Far Eastern Economic Review“ vom 23. 7. 70.

schärfer hervortretenden Gegensätze zwischen der kleinen wohlhabenden Oberschicht und der Masse der armen Familien.

Nach den Wahlen vom 27. Mai hat Ceylon zum drittenmal, seitdem es am 4. Februar 1948 unabhängig wurde, eine Regierung unter Führung der SLFP bekommen. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit übernahm die damals eher konservative „United National Party“ unter Don Stephen Senanayake, dem Vater des bisherigen Ministerpräsidenten, die Regierungsgeschäfte. Nach den Wahlen von 1956 gelangte die bis dahin in der Opposition stehende, an die singhalesisch-buddhistischen Gefühle der Bevölkerungsmehrheit appellierende und sozialistisch-nationalistisch eingestellte SLFP unter Solomon Bandaranaike an die Regierung. Die Leidenschaften, die er mit seiner prononciert singhalesischen und sozialistischen Politik weckte und von der sich besonders die Tamilenminderheit bedroht fühlte, entluden sich im Frühjahr 1958 in blutigen Unruhen. Im September 1959 fiel er selbst den Emotionen zum Opfer, die er so oft entfacht hatte. Er wurde von einem buddhistischen Mönch ermordet. Das Parlament wurde danach aufgelöst, eine Zeit politischer Wirren folgte, in denen Ceylon innerhalb eines halben Jahres drei Ministerpräsidenten verbrauchte und zweimal zu den Wahlen gerufen wurde. Im Juli 1960 schließlich gelang es der SLFP, nachdem sie Wahlabsprachen mit der LSSP und KP getroffen hatte, unter Führung von Simiravo Bandaranaike, der Witwe des Ministerpräsidenten, die Macht zu erobern. Auch diese Regierungsperiode blieb durch Unruhen und Ungehorsamkeitsfeldzüge gekennzeichnet. 1961 mußte deshalb der Ausnahmezustand verfügt werden. Im Januar 1962 kam es zu einem Putschversuch von etwa 30 hohen Armee- und Polizeioffizieren, der jedoch im Keim erstickt wurde. Die zunehmende Aushöhlung ihrer Position veranlaßte Frau Bandaranaike 1964 zum erstenmal eine Volksfrontkoalition aus ihrer eigenen und den beiden kommunistischen Parteien zu bilden, die bis zur Wahlniederlage 1965 amtierte. Obwohl Ceylon mit der ersten Volksfrontregierung nicht gerade die günstigsten politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen machte, ist es deren drei Parteien im Mai 1970 doch gelungen, eine Mehrheit für sich zu gewinnen. Das oft engstirnige, an Gruppeninteressen ausgerichtete und im Gruppendenken verharrende Verhalten der Wähler und die Unzufriedenheit breiter Schichten mit den ständig steigenden Preisen und wachsender Arbeitslosigkeit dürften dafür ausschlaggebend gewesen sein.

In ihrer Regierungserklärung vom 14. Juni hat Ministerpräsidentin Bandaranaike praktisch das ganze Wahlprogramm der Volksfront übernommen<sup>4</sup>. Ceylon soll, so heißt es an mehreren Stellen der offiziell immer noch als „Thronrede“ bezeichneten Regierungserklärung, in den nächsten fünf Jahren eine sozialistische Gesellschaftsordnung erhalten.

Diese Absicht zieht sich als roter Faden durch die ganze Regierungserklärung. Welche Züge diese sozialistische Gesellschaftsordnung tragen soll, wird aus vielen Einzelheiten der Erklärung deutlich. „Meine Regierung wird der Politik der wirtschaftlichen Abhängigkeit und des Neokolonialismus ein Ende setzen, die für das vorangegangene Regime charakteristisch war. Statt dessen wird sich meine Regierung bemühen, alle Wirtschaftszweige in schnellem Tempo und in Übereinstimmung mit einem nationalen Plan zu entwickeln, um die Grundlagen für eine sozia-

<sup>4</sup> „Throne Speech“, zitiert nach der „Ceylon Daily News“ vom 15. 6. 70.

listische Gesellschaftsordnung zu schaffen“, heißt es wörtlich in dem Leitsatz für das Wirtschaftsprogramm. Er verrät deutlich die ideologische Einfärbung der Volksfrontkoalition.

Im einzelnen werden dann in diesem Aktionsprogramm aufgeführt: die Verstaatlichung aller Banken (nachdem sich die ceylonesischen Banken bereits in Regierungsbesitz befinden, werden davon nur noch die ausländischen — fünf britische, zwei indische und eine pakistanische — betroffen)<sup>5</sup>, und die weitere Verstaatlichung des teils noch in Privathänden liegenden Außenhandels. Außerdem sollen alle wesentlichen Industriebetriebe in Staatsbesitz übergeführt werden, die großen Tee- und Kautschukplantagen staatlicher Aufsicht unterstellt und die ausländischen Betriebsgesellschaften und Handelshäuser in diesem wichtigsten Bereich der ceylonesischen Wirtschaft strikten Kontrollen unterworfen werden. Gefördert werden soll die Überführung des Einzelhandels und des Grundbesitzes in ceylonesische Hände — eine Maßnahme, die sich vor allem gegen die etwa eine Million Menschen umfassende indische Minderheit im Lande richtet und die gleichzeitig das singhalesisch-nationalistische Credo der SLFP untermauert. Das größte Entwicklungsprojekt Ceylons jedoch, der Mahaveli-Damm (in seiner Größenordnung etwa mit dem Assuan-Damm zu vergleichen), für das die Weltbank und die International Development Agency (IDA) bereits Kredite in Höhe von einer Milliarde Dollar zugesagt hat, soll vorerst zurückgestellt werden. Der Mahaveli, der längste Fluß Ceylons, soll im Verlauf von zwei Jahrzehnten umgeleitet werden, so daß sich die künstlich bewässerte Anbaufläche und die Stromerzeugung Ceylons verdoppeln würden. Die neue Regierung sieht in diesem Projekt (für das die Weltbank bindende Zusagen Ceylons für die Finanzierung verlangt hatte) ein Paradebeispiel für den „Neokolonialismus“ des Westens. Sie will die erste Stufe des Projekts jetzt ausschließlich von ceylonesischen Technikern ausführen lassen und dafür möglichst die bisher nicht genutzten Kredite der kommunistischen Länder in Anspruch nehmen.

Das Regierungsprogramm kündigt ein ganzes Bündel von Maßnahmen an, die Ceylon zu einem wahren Wohlfahrtsstaat machen sollen. „Meine Regierung will versuchen, für den normalen Bürger das Leben billiger zu machen“, heißt es wörtlich in der Regierungserklärung. Versprochen werden Preiskontrollen für alle Güter des täglichen Bedarfs und Preissenkungen für Arzneien, Kindernahrungsmittel und Textilien. Die Rationierung (um die es die meisten Auseinandersetzungen im Wahlkampf gab) soll verdoppelt und die so wichtigen Gewürze für die Curries in ausreichender Menge eingeführt werden. Gleichzeitig verspricht die Regierung angemessene Löhne, neue Arbeitsplätze in der Industrie und in der staatlichen Verwaltung, eine Förderung des Wohnungsbaues, die Errichtung neuer Krankenhäuser, Ferien- und Altersheime, den weiteren Ausbau des Schulsystems und gleiche Chancen in der Ausbildung.

An keiner Stelle des Regierungsprogramm wird allerdings gesagt, wie diese Leistungen eines Wohlfahrtsstaats finanziert werden sollen. Im Gegenteil: Gleich zu Beginn der Erklärung weist die Regierung darauf hin, daß sie von ihrer Vorgängerin Schulden in Milliardenhöhe übernommen habe. Da auch die härteste Besteuerung der kleinen reichen Oberschicht nicht ausreichen würde, um die Mittel für dieses

<sup>5</sup> „Far Eastern Economic Review“ vom 23. 7. 70.

ehrgeizige Programm aufzubringen, muß die Regierung Bandaranaike entweder darauf verzichten, oder es über die Notenpresse — und das heißt um den Preis einer galoppierenden Inflation — finanzieren. Die kommunistischen Länder werden kaum in der Lage sein, alle Kreditwünsche zu erfüllen — obwohl sie in der Hoffnung auf einen Sieg Frau Bandaranaikes Ceylon schon ungewöhnlich viel Hilfe zukommen ließen. Bisher steuerten die kommunistischen Länder 13% zu der tatsächlich von Ceylon ausgenützten Entwicklungshilfe in Höhe von drei Milliarden Rupien bei<sup>6</sup>. Besonders China hat sich von Anfang an intensiv um Ceylon bemüht. Durch das Reis-Gummi-Abkommen von 1952 lieferte Peking jährlich 200 000 t Reis im Tausch gegen 40—50 000 t Kautschuk nach Colombo. Die Preisbasis für dieses Geschäft begünstigte Ceylon eindeutig. Die Sowjetunion finanzierte mit einem 27-Mill.-Rubel-Kredit den Bau eines Stahlwalzwerkes, einer Reifenfabrik und einer Getreidemühle. Die DDR hat Colombo vor fünf Jahren einen 15-Mill.-Pfund-Kredit eingeräumt, mit dem vor allem der Aufbau einer Textilfabrik gefördert wurde. Ceylon will mit der DDR jetzt über den Aufbau eines staatlichen Fernsehens verhandeln, nachdem die Bundesrepublik mehrere Rundfunksender geliefert hatte. Von den westlichen Ländern haben die USA bisher Hilfe in Höhe von rund 700 Mill. Rupien gegeben. Dann folgen Kanada, Großbritannien und die Bundesrepublik, deren Hilfe in verschiedener Form bisher rund 200 Mill. Mark betragen hat<sup>7</sup>. Ceylon bleibt — das zeigen die Zahlen deutlich — auf die westlichen Geberländer angewiesen, wenn es nicht wie Burma wirtschaftlichen Stillstand und zunehmende Verarmung erleben will.

Als erste große politische Aufgabe hat die Regierung Bandaranaike die Ausarbeitung einer neuen Verfassung in Angriff genommen<sup>8</sup>. Ceylon soll dadurch — wie es in der Regierungserklärung heißt — zu einer „freien, unabhängigen Republik“ werden, die sich verpflichtet fühlt, die Ziele einer „sozialistischen Demokratie“ zu verwirklichen. Das Parlament hat sich am 19. Juli zu diesem Zweck als verfassunggebende Versammlung konstituiert — ein Verfahren, an dessen Legalität Politiker und Juristen in Colombo Zweifel hegen. Sie gelten ebenso manchen in Aussicht genommenen Bestimmungen der neuen Verfassung. So sollen die Grundrechte mit ihren Garantien der persönlichen Freiheit, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und des Eigentums in einem Sondergesetz zusammengefaßt werden, welches dann jederzeit nach den jeweiligen politischen Erfordernissen mit einfacher Mehrheit abgeändert werden könnte. Wenn diese Absicht verwirklicht wird, wäre das zweifellos ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Volksdemokratie.

Gegen die Auflösung der staatsrechtlichen Bande zu Großbritannien gibt es dagegen kaum Widerstand. Ceylon erkennt ähnlich wie Australien und Kanada bisher noch Königin Elisabeth als Staatsoberhaupt an. Die Königin wird in Colombo durch einen ceylonesischen Generalgouverneur vertreten. Frau Bandaranaike steht „Ihrer Majestät ceylonesischer Regierung“ vor. Und der Privy Council in London gilt bisher noch als letzte Berufungsinstanz für alle Ceylonesen. Man sieht in der Beendigung dieser Bande den logischen Abschluß einer nun schon mehr als zwei Jahrzehnte dauernden Emanzipationszeit. Allerdings fragen sich manche Beobachter in Colombo, ob damit nicht auch eine Aushöhlung der bisherigen strikten Auf-

<sup>6</sup> Nach dem amtlichen Umrechnungskurs entspricht eine ceylonesische Rupie DM 0,62.

<sup>7</sup> Länderbericht Ceylon, Deutsche Botschaft in Colombo, November 1969.

<sup>8</sup> Ceylon jetzige Verfassung wurde noch vor der Unabhängigkeit verabschiedet und unter Mitwirkung englischer Berater ausgearbeitet.

fassung von „government under law“ verbunden sein wird. Bisher funktioniert die Gewaltenverteilung vorzüglich und die unabhängige Justiz in Ceylon genießt hohes Ansehen. Im Verlauf der Beratungen über die neue Verfassung wird sich erweisen, ob begründeter Anlaß zu solchen Befürchtungen besteht.

Zur Zeit ist man in Colombo, wo auf allen öffentlichen Gebäuden die blauroten Fahnen der Volksfrontkoalition wehen, noch damit beschäftigt, die Pfründen der Macht zu verteilen. Denn vom Regierungswechsel werden in Ceylon nicht nur die Ministerbüros, sondern fast alle Amtsstuben betroffen. Die aktiven Anhänger der Volksfront verlangen nun ihren Lohn. Und Frau Bandaranaike scheint nicht abgeneigt, ihn auf Heller und Pfennig zu begleichen. In der Regierungserklärung hat sie allen Angestellten, die nach 1965 aus „politischen Gründen“ oder wegen „gewerkschaftlicher Aktivität“ entlassen wurden, die Wiedereinstellung und Ausgleichszahlungen versprochen. Außerdem sollen alle seit 1965 vorgenommenen Anstellungen im öffentlichen Dienst überprüft werden. Mit anderen Worten: wer im Verdacht steht, mit der früheren Regierung zu sympathisieren, wird auf die Straße gesetzt, um Platz zu schaffen für die eigenen Anhänger. Günstlingswirtschaft solcher Art ist freilich nicht neu in Ceylon und auch in anderen asiatischen Ländern nicht gerade unbekannt.

Es bleibt abzuwarten, ob der Volksfrontregierung die Verwirklichung auch nur eines Bruchteils der Versprechungen gelingt, die sie im Regierungsprogramm gemacht hat. Vorerst fehlen dafür alle wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen. So ist zu befürchten, daß Frau Bandaranaike ähnlich wie vor ihr schon Sukarno und Nkrumah zu einer immer radikaleren, nur noch auf den Beifall der Massen bedachten Politik Zuflucht nimmt und ihr Land dabei immer tiefer in das wirtschaftliche Chaos hineintreibt. Ceylonische Beobachter glauben zwar, daß Frau Bandaranaike in der Innenpolitik kaum einen so radikalen Kurs steuern wird wie in der Außenpolitik. Daß Ceylon einmal dem Beispiel Kubas, Burmas oder Algeriens folgen könnte, halten sie für eine absurde Vorstellung<sup>9</sup>. Doch auch in Havanna hat einst niemand recht glauben wollen, daß Fidel Castro aus Kuba einen kommunistischen Staat machen würde.

<sup>9</sup> Mervyn de Silva im „Far East Economic Review“ vom 23. 7. 70.